Antrag 211/II/2019 AG 60plus LDK Der Landesparteitag möge beschließen:

Kontaktbereichsbeamte wieder einführen

- 1 Die SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus und die
- 2 SPD-Mitglieder des Senats werden aufgefordert, sich
- 3 für die Wiedereinführung von Kontaktbereichsbeamten
- 4 ("KOB") als "Polizisten auf der Straße und vor Ort" einzu-
- 5 setzen.

6

7 Begründung

- 8 Der sogenannte KOB-Dienst wurde erstmals in den 1970er
- 9 Jahren bei der Berliner Polizei eingeführt mit dem Ziel, den
- 10 Kontakt zwischen Bürgern mit der Polizei zu pflegen und
- 11 Ansprechpartner bei Problemen aller Art zu sein. Der KOB
- 12 im Streifendienst zu Fuß diente damit der Bürgernähe
- 13 und konnte durch seine Kontaktpflege eine effektivere Ge-
- fahrenermittlung betreiben. Zudem waren die Kontakt-
- 15 bereichsbeamten Ansprechpartner vor Ort, hatten immer
- 16 ein offenes Ohr für Sorgen und Nöte der Bürgerinnen und
- 17 Bürger, suchten das aufklärende Gespräch, konnten bera-
- 18 ten, schlichten und helfen. Im Zuge der Polizeireform 1998
- 19 war der KOB jedoch weitgehend wieder aus dem Straßen-
- 20 bild in den Kiezen verschwunden.

21

Die Angst, im direkten Wohnumfeld oder auf Alltagswe-22 gen im Kiez Opfer einer Gewalttat zu werden ist bei Älte-23 ren und in ihrer Mobilität behinderten Menschen beson-24 25 ders groß. Durch die sichtbare Präsenz von uniformierten Polizeibeamten im Kiez und deren persönliche Zuständig-26 keit für bestimmte Straßenzüge kann nicht nur die ge-27 fühlte Sicherheit insbesondere der älteren Anwohnerin-28 nen und Anwohner deutlich verbessert sowie den Präven-29 tionsaufgaben der Polizei mehr Wirksamkeit verschafft 30 werden, sondern auch die objektive Kriminalität und die 31 zahlreichen Regelverstöße im Kiez lassen sich durch den 32 mit dem "sichtbaren Kontaktbereichsbeamten" verbun-33

34 35

Ein Wiederaufleben der polizeilichen "Gebietsbetreuer" würde es gerade den Seniorinnen und Senioren ermöglichen, sich in ihrem direkten Wohnumfeld freier und sicherer bewegen zu können sowie im "kiezbekannten KOB" einen Ansprechpartner mit einem offenen Ohr für die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger zu finden.

denen Abschreckungseffekt deutlich reduzieren.

Empfehlung der Antragskommission Erledigt durch Beschlusslage (Konsens)